



DRINGLICHES POSTULAT

Urheber	Die Mitte Oberwallis, durch Christian Rieder, Aron Pfammatter, Rahel Pirovino-Indermitte und Andrea Amherd-Burgener
Gegenstand	Brandkatastrophe Crans-Montana: Stärkung der Brandprävention und Unterstützung der Gemeinden
Datum	09/03/2026
Nummer	2026.03.044

Aktualität des Ereignisses

Die Brandkatastrophe von Crans-Montana hat sich kürzlich ereignet und hat im ganzen Kanton grosse Betroffenheit ausgelöst. Sie rückt die Fragen der Brandprävention sowie der Unterstützung der Gemeinden unmittelbar in den Fokus der politischen Verantwortung.

Unvorhersehbarkeit

Das Ereignis war in dieser Dimension nicht vorhersehbar und hat auf tragische Weise mögliche Schwachstellen im System der Brandprävention sichtbar gemacht. Daraus ergibt sich ein unmittelbarer politischer Klärungsbedarf.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Angesichts der hauptsächlichen operativen Verantwortung der Gemeinden bei den feuerpolizeilichen Kontrollen ist eine rasche Klärung der finanziellen Unterstützung erforderlich, damit präventive Massnahmen im ganzen Kanton wirksam umgesetzt werden können.

Die Brandkatastrophe von Crans-Montana hat auf tragische Weise gezeigt, welche gravierenden Folgen ein Brandereignis für Menschen, Gemeinden und den ganzen Kanton haben kann. Sie macht deutlich, wie zentral eine wirksame Brandprävention und eine funktionierende Feuerpolizei sind.

Im Kanton Wallis ist die Verantwortung für den Brandschutz zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt. Nach Weisung des Kantons werden periodische feuerpolizeiliche Kontrollen bis Stufe 4 von insgesamt 6 Stufen (Stufe 1-3 Gemeinde, 4-6 Gemeinde und Kanton) durch die Gemeinden durchgeführt. Damit liegt der Hauptteil der operativen Prävention bei bestehenden Gebäuden bei den Gemeinden. Sie tragen somit die hauptsächliche Verantwortung im Vollzug der Brandverhütung, während der Kanton die strategische und rechtliche Rahmensetzung wahrnimmt.

Gleichzeitig beteiligen sich die Feuerversicherungsgesellschaften durch jährliche Beiträge an kantonale Fonds an den Kosten der Feuerpolizei und der Brandverhütungsmassnahmen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern diese Mittel auch denjenigen staatlichen Ebenen zugutekommen, welche den Grossteil der praktischen Präventionsarbeit leisten - nämlich den Gemeinden.

Im Weiteren zeigt das Ereignis auf, dass die Bestimmungen im Brandschutz dringend aufgearbeitet werden müssen, um für den Kanton und die Gemeinden eine kohärente und klare Basis zu schaffen, die in der Praxis

umsetzbar ist.

Schlussfolgerung

Der Staatsrat wird aufgefordert, Artikel 39 des Gesetzes zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente (GSFN) anzuwenden und Mittel aus den Fonds für Feuerpolizei und Brandverhütung systematisch zugunsten der Gemeinden einzusetzen, welche die feuerpolizeilichen Kontrollen durchführen. Die Beiträge sollen sich am Grad der Verantwortung der Gemeinden im Vollzug der Brandprävention orientieren.

Der Staatsrat wird zudem aufgefordert, umgehend Grundlagen für eine politische Aufarbeitung der Brandkatastrophe von Crans-Montana zu schaffen, etwa durch den Einbezug von Expertinnen und Experten aus der Praxis. Dabei ist zu klären, welche Anpassungen auf Gesetzes-, Verordnungs- oder Prozessebene notwendig sind und ob bestehende Vorgaben in der Praxis umsetzbar sind.